



Bericht

der Landesregierung

Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/561

Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

1. Die Wirtschaftsstruktur im Wirtschaftsraum Brunsbüttel

Brunsbüttel, 80 km westlich von Hamburg gelegen, 60 km flussabwärts vom Hamburger Hafen liegt zwischen Elbe und Nord-Ostsee-Kanal an der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt.

Geprägt wird die Wirtschaftsstruktur im Wirtschaftsraum Brunsbüttel heute überwiegend durch die chemische Industrie. Die Stadt ist gewachsen mit dem Kanal: Die Lotsenbrüderschaft und die Kanalverwaltung sind wichtige Arbeitgeber.

Der Chemcoast-Park Brunsbüttel ist das größte zusammenhängende Industriegebiet in Schleswig-Holstein. Hier arbeiten 4.000 Menschen unmittelbar in der Chemischen Industrie. Unter Berücksichtigung der mittelbaren Beschäftigungseffekte sind über 12.000 Menschen in der Region direkt oder indirekt von der chemischen Industrie abhängig. Hier hat die chemische Industrie Schleswig-Holsteins ihren regionalen Schwerpunkt.

Die chemische Industrie in Brunsbüttel ist eng verknüpft mit der Petrochemie in Dithmarschen durch die dort ansässige Raffinerie in Hemmingstedt sowie durch das Ölfördergebiet Mittelplate (Deutschlands größtes Ölvorkommen mit einem Fördervolumen von über 2 Mio. t p.a.). Die Standorte sind durch Pipelines miteinander verbunden.

Die Produktpalette der Chemischen Industrie in Brunsbüttel ist breit gefächert: Sie reicht von chemischen Grundstoffen z.B. Isocyanaten (Grundmaterial für Kunst- und Schaumstoffe) und Düngemitteln (Ammoniak und Harnstoff), technischen Gasen, Bitumen über Fettalkohole und hochreine Tonerden, z.B. für die Katalysatorproduktion bis hin zu Farben (weltgrößte Anlage für reaktive Textilfarben). Damit leistet die Industrie einen wichtigen Beitrag zur Versorgung weiterer verarbeitender Betriebe in der Region und innerhalb Deutschlands. Ein erheblicher Anteil der Produktion wird exportiert.

Von der Auftragsvergabe der Chemischen Industrie profitiert eine Vielzahl von kleinen und mittleren Betrieben in Schleswig-Holstein: Anlagenbauer, Spediteure, Schlossereien, Elektrowerkstätten, Reinigungsfirmen und Abfallentsorgungsbetriebe haben sich im Umfeld angesiedelt und übernehmen Serviceleistungen, die nicht zum Kerngeschäft der Industriebetriebe gehören.

Die Landesregierung trägt mit schnellen Genehmigungsverfahren zum Standortvorteil Brunsbüttels bei.

Die verkehrsgünstige Lage zwischen Nord- und Ostsee ist ein wesentlicher Standortfaktor. Hervorzuheben ist die gute Seehafenanbindung mit den Häfen in Brunsbüttel (Kajenlänge 1.095 Meter für Schiffe bis zu 350 Meter Länge, 55 Meter Breite, 14,80

Meter Tiefgang). Der Hamburger Hafen ist nur 60 Km entfernt. Durch intelligente Verkehrslogistik ist der Standort Brunsbüttel Schienen- und Straßenseitig eng eingebunden in die europäischen Verkehrsströme und hinsichtlich der Wegezeiten und Transportkosten zu den europäischen Weiterverarbeitungszentren ohne weiteres mit Standorten wie Rotterdam oder Antwerpen vergleichbar. Eine weitere Verbesserung durch den dreispurigen Ausbau der B 5 wird vorbereitet.

Die ChemCoast Studie aus dem Jahr 2000 (Gemeinsame Studie zur Rohstoffsituation und Wettbewerbsfähigkeit der norddeutschen Petrochemie im Vergleich zu Antwerpen, Rotterdam, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) forderte eine engere Einbindung des Standortes in die europaweiten Pipelinenetze. Durch die Ethylen-Pipeline von Brunsbüttel nach Stade (Bauherr: SASOL, Fertigstellung 2007) wird Brunsbüttel über Stade an die großen europäischen Pipelineverbände angebunden. In den letzten Jahren haben die Unternehmen am Standort Brunsbüttel durch umfangreiche Investitionen den Standort erneuert, neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert. Insbesondere der Pipelinebau führt zu vielfältigen Folgeinvestitionen. Die ChemCoast Studie soll mit Unterstützung des Landes fortgeschrieben werden.

Die Landesregierung unterstützt die Entwicklung durch Investitionszuschüsse und durch Förderung des Regionalmanagements bei der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel. Mit dem Bau der A 20 mit Elbquerung westlich von Hamburg wird die Straßenanbindung des ChemCoast-Park Brunsbüttel weiter verbessert.

Gemeinsam mit dem norddeutschen Verband der chemischen Industrie, der regionalen Werkleiterrunde und dem Initiativkreis Brunsbüttel (Mitglieder: neben den Werkleitern auch der Bürgermeister und die Landräte aus Nordfriesland und Steinburg, Vorsitz: die Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr) ist die Region eng eingebunden in die norddeutschen ChemCoast-Aktivitäten für ein europäisches Regionalmarketing und für die Verbesserung der Standortbedingungen an der Küste.

Im Rahmen der ChemCoast Initiative werden die Planungen zum Ausbau des Chemiestandortes Wilhelmshaven (Investitionsvolumen über 1 Mrd. €) vorangetrieben. Durch eine geplante Ethylen-Pipeline von Gelsenkirchen über Wilhelmshaven nach Stade würde ein durchgehender Pipelineverbund zwischen Ost- und Westeuropa entstehen.

Über die Landesgrenzen hinaus haben sich Wirtschaft und Politik in der ChemCoast-Initiative verbunden, um den Chemie-Standort Norddeutschland zu stärken. Neben Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven gehören heute auch die Standorte Bommelitz/Walsrode und Seelze zu dieser norddeutschen Initiative. Die ChemCoast Initiative

ihrerseits ist Mitglied in dem „Europäischen Chemieregionen Netzwerk“ (ECRN e.V.) und steht hier in starker europäischer Konkurrenz.

Die Chemische Industrie ist weltweit verflochten. Die Standorte konkurrieren insbesondere hinsichtlich ihrer Lage und der jeweiligen Kosten. Der ChemCoast Park Brunsbüttel ist in diesem internationalen Wettbewerb gut aufgestellt. Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung am Standort Brunsbüttel aktiv durch die fortlaufende Unterstützung des Regional- und Clustermanagements und durch Investitionszuschüsse bei Ansiedlungen und zum Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützen.

2. Die Bedeutung der Elbe für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel

Wichtigster Arbeitgeber im Gebiet der Unterelbe ist Deutschlands größter Seehafen Hamburg, der im Zentrum internationaler Handelsströme liegt. Insgesamt ca. 150.000 Menschen, rd. 1/3 aller Beschäftigten kommen dabei aus dem Hamburger Umland, arbeiten auf Arbeitsplätzen, die direkt oder indirekt vom Hafen abhängig sind. Dazu zählen u. a. Reedereien, Werften, Speditionen und Umschlagsfirmen, oder Wirtschaftsbereiche, die dem unmittelbaren Hafenbezug vor- oder nachgelagert sind, wie beispielsweise Handelsunternehmen, Banken, Versicherungen.

Für die schleswig-holsteinische Hafenlandschaft hat die Elbe Bedeutung für den überregionalen Elbehafen in Brunsbüttel als Teil der privaten Hafengruppe Brunsbüttel mit dem Ölhafen und dem Hafen Ostermoor am Nord-Ostsee-Kanal.

Der Einsatz immer größer werdender Containerschiffe zieht auch die Vertiefung der Unterelbe, einer der wichtigsten Verkehrswege Deutschlands, nach sich. Derzeit laufen die dafür erforderlichen Planungen.

2.1 Die Hafengruppe Brunsbüttel

Das Interesse der Industrie an Standorten am seetiefen Wasser wurde anfangs der siebziger Jahre zusehends größer. Deutsche und ausländische Unternehmen der Chemie und Grundstoffindustrie wählten Standorte an der deutschen Nordseeküste aus und begannen dort Produktionsstätten aufzubauen. Als Schnittpunkt an zwei Weltschiffahrtswegen bot Brunsbüttel von Beginn an gute Standortmöglichkeiten für die Ansiedlung hafengebundener Unternehmen. Sie nutzen intensiv den unmittelbaren wasserseitigen Anschluss zur Nordsee und über den Nord-Ostsee-Kanal zur Ostsee.

Kontinuierlich wurde in den vergangenen Jahren und wird auch in der Zukunft der weitere Ausbau des 1970 in Betrieb genommenen Elbehafens durchgeführt.

Die von der Hafengesellschaft Brunsbüttel (HGB) betriebene Hafengruppe Brunsbüttel liegt am südlichen Ende des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) und hat durch seine Lage an der Elbe den direkten Anschluss an die bedeutende europäische Binnenwasserstraße. Die Hafengruppe Brunsbüttel verzeichnet einen durchschnittlichen Jahresumschlag von annähernd 8 Mio. Tonnen. Bei der Hafengesellschaft Brunsbüttel (HGB) finden insgesamt 250 Menschen Arbeit.

Der Elbehafen, Versorgungshafen für den Industriestandort Brunsbüttel an der Schnittstelle Elbe/ Nord-Ostseekanal, erlebt derzeit einen Funktionswandel. Neben dem Umschlag trockener und flüssiger Massengüter erhält der Umschlag von Stückgütern (Windkraftanlagen, Projektgüter, Schwergüter) und Containern zunehmendes Gewicht. Durch umfangreiche Investitionen in die Infra- und die Suprastruktur schafft das private Unternehmen ein modernes und leistungsfähiges Logistikdienstleistungszentrum mit intermodalem Charakter (KV-Terminal).

Durch die Vertragsunterzeichnung mit der Norddeutschen Affinerie konnte die Hafengesellschaft Brunsbüttel (HGB) 2005 den Umschlag erheblicher Mengen Kupfergranulats über den Elbehafen sichern (Baumaßnahmen für die Umschlagsanlagen haben in 2006 begonnen; Umschlagsbeginn Anfang 2007 geplant).

Im Untereiberange gewinnt die Kooperation des Hamburger Hafens und der Hafengruppe Brunsbüttel eine zunehmende ausbaufähige Bedeutung und kann dadurch den Herausforderungen der Verkehrsentwicklung auf der Elbe und dem NOK gerecht werden.

Neben dem Elbehafen sind auch die am NOK liegenden Häfen Ostermoor (Umschlag von Chemikalien, Rohöl, Rohölprodukten, Düngemittel als Massengut) und der Ölhafen (Umschlag von Rohöl und Raffinerieprodukten in flüssiger Form) von eminenter Bedeutung für die hafenabhängigen Industriebetriebe im Wirtschaftsraum Brunsbüttel. Diese Teile der Hafengruppe Brunsbüttel, tragen ebenfalls zu einem nicht unerheblichen Teil der Gesamtumschlagsmengen bei.

Seit Monaten nimmt das Interesse an hafennahen Grundstücken zu. Zahlreiche Ansiedelungsgespräche werden geführt. Das Land unterstützt den Hafenausbau des Elbehafens kräftig.

2.2 Das Industriegebiet Brunsbüttel

Sowohl auf Grund der geografischen Lage als auch durch seine Hafeninfrastruktur ist Brunsbüttel Heimat für viele umschlagsintensive bzw. am Umschlag partizipierende Unternehmen geworden. Beispielhaft erwähnt seien hier einige Unternehmen der chemischen Industrie. So beschäftigt z. B. die Bayer AG 850, die Sasol GmbH 550 und die Shell Deutschland 500 Menschen. Das Kernkraftwerk Brunsbüttel, welches auch einige der energieintensiven Unternehmen zuverlässig versorgt, beschäftigt

300 Mitarbeiter. Verschiedene andere Unternehmen der Farben- und Bitumenbranche mit zahlreichen Beschäftigten runden das Bild einer vitalen und prosperierenden Industrieregion ab.

Insgesamt hat der ChemCoast- Industriepark Brunsbüttel, der sich von Lägerdorf bis Hemmingstedt erstreckt, mehr als 4.000 Beschäftigte.

2.3 Weitere Umschlagshäfen an der Unterelbe

Der Außenhafen Glückstadt wird vor allem für den regionalen Massen- und Stückgutverkehr genutzt. Verschiedene Industriezweige, wie Papier-, Zement- und Holzfirmen werden über diesen Hafen versorgt. Er dient auch als direkter Umschlagsplatz zwischen See- und Binnenschiffen.

Der Industriehafen Stade-Bützfleth liegt knapp unterhalb von Hamburg. Hier werden Massengüter für die hier ansässigen Industrieunternehmen umgeschlagen. Landwärts ist er durch Straßen und Schienen optimal mit dem Elbe-Weser-Raum verbunden.

2.4 Der Nord-Ostsee-Kanal

Der bei Brunsbüttel beginnende Kanal konnte im vergangenen Jahr erneut ein Rekordeergebnis bei Schiffspassagen (rd. 42 500 Einheiten) und beim Transportvolumen (80,6 Mio Tonnen) verzeichnen. Diese meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt ist von herausragender Wichtigkeit, zum einen für den Schiffsverkehr von und in die Ostsee, zum anderen vom und zum Hamburger Hafen. Hamburg charakterisiert sich als „westlichster Ostseehafen“. Hamburg profitiert u. a. von der leistungsfähigen Unterelbe und dem Kanal. Sie ermöglichen dem Hamburger Hafen die Verbindung der Container-Feederverkehre mit den Wirtschaftswachstumsmärkten an der östlichen Ostsee (Balticum und Russland). Dies insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung, zunehmender wirtschaftlicher Verflechtungen mit Nord-Westrußland und einer dynamisch wachsenden Wirtschaft im Ostseeraum. Etwa ein Drittel der Container, die in Hamburg umgeschlagen werden, haben Quelle oder Ziel im Ostseeraum.

Die Tendenz geht zu immer größeren Schiffseinheiten und führt zu überdurchschnittlichen Wachstumsraten auf dem Kanal, besonders im Container-Feederverkehr. Die in den deutschen Überseehäfen Bremen und insb. Hamburg ankommenden Container müssen mit kleineren Schiffen (Feeder) in die Ostsee befördert werden, die ihrerseits wegen des wachsenden Aufkommens immer größer werden. Rd. 30% der in Hamburg ankommenden Container sind für die Ostsee bestimmt. Um dieses für die Zukunft zu sichern, muss der NOK der Entwicklung der Schiffsgrößen angepasst werden. Speziell im Kanalabschnitt zwischen Kiel und Königsförde besteht Handlungsbedarf für die Begradigung der dort vorhandenen engen Kurven.

Der Bund hat aufgrund der seit 1999 anhaltenden positiven Verkehrsentwicklung eine Voruntersuchung zum Ausbau der Oststrecke des NOK durchführen lassen. Die als Abschluss dieser Untersuchung erarbeitete Machbarkeitsstudie bescheinigt dem Projekt eine hohe volkswirtschaftliche Rentabilität. Das Investitionsvolumen für die reine Ausbaumaßnahme beläuft sich auf rd. 130 Mio. €, darüber hinaus stehen auch weitere Baumaßnahmen am NOK (Schleusen, Hochbrücken) an. Da der NOK eine Bundeswasserstrasse ist, ist alleine der Bund (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) für den Ausbau und seine Finanzierung zuständig.

Nach derzeitiger Vorstellung des Wasser- und Schifffahrtsamtes soll die technische Planung bis 2008 erfolgen, danach würde das Planfeststellungsverfahren anlaufen, nach dessen Abschluss im Jahre 2009 Baubeginn sein könnte. Fertigstellung wäre dann im Jahr 2014/ 2015. Von der Kanalwirtschaft wird dieser Zeitraum als zu lang beurteilt. Wandert der Verkehr erst einmal ab, ist er für den NOK wahrscheinlich dauerhaft verloren. Auch droht eine gewisse Abkoppelung des Ostseeraumes von der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung. Für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel mit den auf NOK und Elbe ausgerichteten Verkehren könnte diese Abkoppelung nicht ohne Folgen bleiben.

Das MWV bemüht sich zurzeit auf der politischen Ebene und beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, eine Aufnahme des NOK in die dem Planungsbeschleunigungsgesetz anhängende Liste von Bundeswasserstrassen mit überragender verkehrlicher Bedeutung zu erreichen. Die hierfür erforderlichen Kriterien treffen für den NOK zu. Neben seiner Bedeutung als Transportweg für den internationalen Verkehr, hat der NOK aber auch eine Funktion als wichtiger Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Rd. 3.000 – 3.500 Arbeitsplätze, darunter mehr als 350 Lotsen und Kanalsteuerer, sind direkt oder indirekt vom NOK abhängig.

3. Der Energiestandort Brunsbüttel

Die Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH & Co. oHG betreibt in Brunsbüttel ein Kernkraftwerk (KKB). Anteilseigner sind die Konzerne Vattenfall zu 2/3 und e.on zu 1/3. Für dieses Kernkraftwerk - wie im Übrigen auch für alle anderen deutschen Kernkraftwerke - sieht das geltende Atomgesetz vor, dass nach Erreichen der dort genau bezeichneten Reststrommenge die Berechtigung zum Leistungsbetrieb kraft Gesetzes erlischt. Normalbetrieb unterstellt, steht dieser Zeitpunkt für das Kernkraftwerk Brunsbüttel im März 2009 an. Das Atomgesetz lässt eine Übertragung von Reststrommengen auf andere Kernkraftwerke unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich zu.

Neben dem Kernkraftwerk betreibt Vattenfall Generation in Brunsbüttel ein Gasturbinenkraftwerk als Spitzenlastanlage mit einer elektrischen Leistung von 256 MW.

Von REpower Systems wird in Brunsbüttel eine 5 MW Windkraftanlage betrieben. Die Errichtung weiterer großer 5 MW-Anlagen wird vorbereitet. Die Firmen Bayer AG und Sasol Germany GmbH betreiben Kraftwerke zur teilweisen Eigenversorgung mit einer elektrischen Leistung von 8 MW bzw. 10 MW. Diese Kraftwerke dienen vornehmlich zur Prozesswärmeversorgung der Unternehmen.

1997 hat die damalige HEW, inzwischen aufgegangen in der Vattenfall Europe, vom Land ein ca. 6 ha großes Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kernkraftwerk zum Bau eines Kraftwerks erworben. Nach der Präambel des Kaufvertrags ist dort die Errichtung eines konventionellen Kraftwerks geplant. Vattenfall hält an Brunsbüttel als Kraftwerkstandort fest. Soweit der Landesregierung bekannt, hat das Unternehmen aber zurzeit noch keine konkreten Investitionsabsichten.

Die Electrabel Deutschland AG prüft z.Z. den Bau eines Kohlekraftwerks am Standort Brunsbüttel auf dem Gelände der Bayer AG. Das Unternehmen hat für das erforderliche Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eingeleitet. Der Standort Brunsbüttel konkurriert mit anderen möglichen Kraftwerkstandorten, u.a. Stade und Wilhelmshaven.

Im Brunsbütteler Hafen werden pro Jahr ca. 1 Mio t Kohle für Kraftwerke und andere Kohlenutzer umgeschlagen.

Die Landesregierung misst dem Energiestandort Brunsbüttel außerordentliche Bedeutung bei, sowohl als Erzeugungsort als auch als zukünftig wichtigsten Netzknoten. Als Ersatz für das Kernkraftwerk kämen Kohlekraftwerke in Betracht. Soweit die Leitungskapazitäten für konventionelle Kraftwerke nicht benötigt werden, könnten kommende Windstromeinspeisungen insbesondere aus dem Offshore abgeleitet werden. Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ist der Windstrom von den Netzbetreibern vorrangig vor anderem Strom aufzunehmen.

4. Natura 2000 und der Wirtschaftsraum Brunsbüttel

4.1 Die Sach- und Rechtslage

Aus Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) i.V.m. dem Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften vom 11. September 2001 in der Rechtssache C-71/99 betreffend die Ausweisung von FFH-Vorschlagsgebieten gemäß Art. 4 Abs. 1 der FFH-Richtlinie ergibt sich die Rechtslage. Das Generalsekretariat der Europäischen Kommission hat der Bundesrepublik Deutschland mit Schreiben vom 19.12.2005 eine „mit Gründen versehene Stellungnahme“ gemäß Art. 228 des EG-Vertrages wegen unzureichender Maßnah-

men zur Durchführung dieses Urteils übersandt. In der Stellungnahme wird der Bundesrepublik Deutschland eine zweimonatige Frist vom Tag des Eintreffens in der Ständigen Vertretung des Bundes bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (19.12.2005) eingeräumt, die Maßnahmen zu erlassen, die notwendig sind, um dem Urteil des Gerichtshofes nachzukommen. Die Kommission weist auf die finanziellen Sanktionen hin, die der Gerichtshof dem Mitgliedstaat anderenfalls auferlegen kann.

Die Stellungnahme der Kommission schlüsselt die jeweiligen Defizite nach Bundesländern auf. Für das Land Schleswig-Holstein sind u.a. der Lebensraumtyp Ästuar sowie verschiedene wandernde Fischarten als „IN MOD“ (insufficient moderate = insufficient representation where more sites need to be proposed) eingestuft. Für die mit „IN MOD“ eingestuften Lebensraumtypen und Arten wird die Nachmeldung bzw. Erweiterung eines bereits gemeldeten Gebietes erwartet.

Nach den Bestimmungen der FFH-Richtlinie hätte der Mitgliedstaat binnen 3 Jahren nach Bekanntgabe der Richtlinie – also 1995 - der Kommission die FFH-Vorschlagsgebiete benennen müssen. Die Benennung konnte jedoch aufgrund der erheblichen Widerstände aus Politik und Gesellschaft, die in Teilen auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt haben, nicht fristgerecht abgeschlossen werden. Erst nach Urteil des EuGH waren die Rechtspositionen soweit geklärt, dass auch in Schleswig-Holstein die notwendigen Maßnahmen konsequent umgesetzt wurden.

So ist gemäß EuGH unstrittig, dass bei der Auswahl und Meldung von FFH-Vorschlagsgebieten ein gewisser naturschutzfachlicher Beurteilungsspielraum gegeben ist. Im Hinblick auf die Abgrenzung des FFH-Vorschlagsgebietes vor Brunsbüttel hatte die vorherige Landesregierung die Abgrenzung des Gebietes durchaus kritisch diskutiert. Im Ergebnis sah die Landesregierung aber die seinerzeit beschlossene Abgrenzung noch im Rahmen des gegebenen Beurteilungsspielraumes als gedeckt an.

Mit dem jetzt vorgelegten Mahnschreiben der Kommission wird dieser Beurteilungsspielraum auch im Hinblick auf eine europaweite einheitliche Handhabung näher konkretisiert. So greift die Kommission die Argumentation auf, dass industriell überprägte Bereiche eines Ästuars nicht Bestandteil einer Meldung sein müssen. Sie grenzt diese Ausnahme aber auf Flächen ein, die keine ökologische Wertigkeit mehr aufweisen und konkretisiert den betroffenen Bereich für die Elbe vor Brunsbüttel auf 10% der Gewässerbreite. Diese Klarstellungen der Kommission und das o.g. Mahnschreiben haben erst jetzt zu einer Situation geführt, die eine Nachmeldung erforderlich machte.

4.2 Auswirkungen auf die Entwicklung des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass durch Neueinrichtung, Änderung oder Erweiterung von Industrieanlagen und deren Betrieb im Industriegebiet Brunsbüttel bei Einhaltung der allgemein geltenden Vorgaben des UVP-, Immissionsschutz- und Wasserrechts, die Eignung des Deichvorlandes St. Margarethen als Rast- und Brutgebiet für Vögel nicht erheblich oder nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. In diesem Fall ergäben sich für das Vogelschutzgebiet weder in materieller Hinsicht noch hinsichtlich der Verfahrensgestaltung zusätzliche Anforderungen. Für das FFH-Vorschlagsgebiet und seine Erhaltungsziele können entsprechende Aussagen nur im Einzelfall getroffen werden. Es werden jedoch bei der Neueinrichtung, Änderung oder Erweiterung von Industrieanlagen und deren Betrieb im Industriegebiet Brunsbüttel in der Regel mit dem Vogelschutz vergleichbare fachliche Einschätzungen für das Vorland und die Elbe erwartet.

4.3 Entscheidungsspielräume in Natura 2000-Verfahren

Der Landesregierung sind so gut wie keine Entscheidungsspielräume im Rahmen der Auswahl, Abgrenzung und Meldung der Elbe vor Brunsbüttel als FFH-Vorschlagsgebiet gegeben (s. auch Antwort zu Frage 6). Bei der Umsetzung des gebotenen Schutzes des Gebietes wird die Landesregierung jedoch, soweit rechtlich zulässig, dem ebenfalls von der FFH-Richtlinie genannten Gebot, den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung zu tragen, Folge leisten. In diesem Zusammenhang bestehen nach Auffassung der Landesregierung größere Entscheidungsspielräume als bei der Gebietsauswahl.

Dem Land Schleswig-Holstein liegen keine Entscheidungen anderer Bundesländer oder Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor, die in vergleichbaren Fällen den Forderungen der Kommission nicht entsprochen hätten.

Hinzuweisen ist im vorliegenden Zusammenhang weiter auf zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, bei denen es um die Einbeziehung von Flussmündungen in das Schutzgebiet ging. In dem Verfahren Rs. C-371/98 war eine Auseinandersetzung darüber, ob das Mündungsgebiet des Severn (im Hinblick auf die wirtschaftlichen Betroffenheiten des Hafens Bristol) in das FFH-Vorschlagsgebiet einbezogen werden soll, Anlass für die Entscheidung. Hier hat der EuGH durch Urteil vom 07.11.2000 festgestellt, dass *„ein Mitgliedstaat nach Artikel 4 Absatz 1 der Habitatrichtlinie den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten, wie sie in Artikel 2 Absatz 3 dieser Richtlinie genannt sind, nicht Rechnung tragen darf, wenn er über die Auswahl und Abgrenzung der Gebiete entscheidet, die der Kommission zur Bestimmung als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung vorgeschlagen werden sollen.“* (Rz. 25, a.a.O.). Für die Vogelschutzrichtlinie ist auf das Urteil des EuGH vom 11.07.1996 (Rs. C-44/95, „Lappel-Bank“) hinzuweisen. Dort hatte der britische Umweltminister entschie-

den, die Lappel Bank nicht in ein das Vogelschutzgebiet „Medway Estuary and Marshes“ einzubeziehen, *„da er die Notwendigkeit, die Existenzfähigkeit des Hafens nicht zu beeinträchtigen, und den erheblichen Beitrag, den dessen Erweiterung in das Gebiet der Lappel Bank zur Wirtschaft der Region und des Landes leisten würde, als vorrangig gegenüber dem Wert dieses Gebietes für den Naturschutz ansah (EuGH a.a.O., Rz. 14).“* In diesem Verfahren hat der EuGH ausdrücklich entschieden, dass *„ein Mitgliedstaat bei der Auswahl und Abgrenzung eines besonderen Schutzgebiets wirtschaftliche Erfordernisse nicht als Gründe des Gemeinwohls, die Vorrang vor den mit dieser Richtlinie verfolgten Umweltbelangen haben, berücksichtigen darf (a.a.O., Rz. 31).*

Sind dagegen Auswahl und Abgrenzung der Gebiete nach ausschließlich naturschutzfachlichen Kriterien abgeschlossen, ist bei den aufgrund der Richtlinie zu treffenden Maßnahmen den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten Rechnung zu tragen – so Artikel 2, Absatz 3 der FFH-Richtlinie.

4.4 Positionen Dritter und der Landesregierung

Die Betroffenen und/oder Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände und weitere Dritte lehnen, soweit sie sich im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 20b LNatSchG inhaltlich geäußert haben, mit Ausnahme der anerkannten Naturschutzvereine die Auswahl und Meldung des Gebietes ab.

Die Landesregierung hat Zweifel, ob das Vorland von St. Margarethen – zumindest in Teilen - die Kriterien eines Ästuars erfüllt. Infolge von künstlichen Geländeerhöhungen weisen im westlichen Bereich einige Flächen Höhen von +4m üNN auf, so dass sie nur noch sehr selten vom Elbwasser überspült werden. Ihr ökologischer Wert ist gering, da sie intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Industrielle Ver- und Entsorgungsleitungen dokumentieren direkt die industrielle Nutzung. Um eine Verurteilung durch den EuGH zu vermeiden, sieht sich die Landesregierung jedoch gezwungen, trotz dieser Zweifel das St. Margarethener Vorland gänzlich nachzumelden. Sie wird die Kommission vor Listung des vorgeschlagenen Gebietes um ein Gespräch über die genannten Argumente bitten.

Der Wirtschaftsraum Brunsbüttel entwickelt sich zurzeit dynamischer als in den letzten Jahren. Insbesondere die Häfen dürften von der weltweiten Wachstumsphase und von der Globalisierung profitieren. Die Chancen der chemischen Industrie wachsen durch Vernetzung. Weitere arbeitsplatzschaffende Investitionen sind zu erwarten.

Anhang: Zahlen zum Wirtschaftsraum Brunsbüttel

Vorbemerkung: Der „Wirtschaftsraum Brunsbüttel“ deckt sich nicht mit den international festgelegten Erhebungsregionen der amtlichen Statistik. Am ehesten kommt dem noch die Kreisebene nahe. Daher wird die Wirtschaftsstruktur im folgenden für die Kreise Dithmarschen und Steinburg dargestellt.

Die Landkreise Steinburg (129 Einwohner/km²; Stand 30.09.2005) und Dithmarschen (96 Einw./ km²) zählen zu den gering verdichteten Regionen des Landes. Auch die Industrie ist unterdurchschnittlich vertreten: Die Industriedichte lag 2004 bei nur 42,4 Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner. In Steinburg betrug der Wert 44,5 (Schleswig-Holstein 45,2). – Dass das Verarbeitende Gewerbe in beiden Kreisen im Vergleich zum Land einen überdurchschnittlichen Anteil aufweist (siehe unten), ist ein Reflex unterdurchschnittlicher Anteile des tertiären Bereichs.

Die folgende Tabelle stellt die Wirtschaftsstruktur der Kreise Steinburg und Dithmarschen anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum 30.06.2003 dar. Zum Vergleich sind auch die entsprechenden Daten für Schleswig-Holstein mit angegeben.

	Schleswig-Holstein	Dithmarschen	Steinburg
	Alle Anteile in %		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,8	2,6	2,2
Produzierendes Gewerbe	27,0	29,0	34,0
Davon			
Bergbau	0,1	0,4	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	19,2	19,4	23,8
Energie- und Wasserversorgung	1,3	1,7	2,5
Baugewerbe	6,4	7,5	7,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	27,5	25,4	21,3
Davon			
Handel	18,5	15,5	14,9
Gastgewerbe	3,4	3,5	2,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	5,7	6,4	4,4
Sonstige Dienstleistungen	43,7	43,0	42,5
Davon			
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,4	3,1	4,4
Grundstückswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	10,0	9,1	9,0
Öffentliche Verwaltung u. ä.	8,4	9,3	8,3
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	21,8	21,5	20,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Anzahl)	772.124	32.147	33.038

Die Arbeitslosigkeit lag in Dithmarschen mit 13,7 % im Jahresdurchschnitt 2005 deutlich über dem Landesdurchschnitt (11,6 %). In Steinburg entspricht die Arbeitslosenquote der des Landes.

Wirtschaftsentwicklung des Kreises Dithmarschen

Einwohner am 30.09.2005					
		männlich	weiblich	insgesamt	%-Anteil an SH
Land	Dithmarschen	67 468	69 922	137 390	4,9
	Schleswig-Holstein	1 384 797	1 447 408	2 832 205	100,0
Einwohnerdichte 2005 (Einwohner je qkm)					
				km²	%-Anteil an SH
Land	Dithmarschen	96		1.428,12	9,1
	Schleswig-Holstein	180		15.763,14	100,0
Industriedichte 2004 (Industriebeschäftigte je 1.000 Einw./ Jahr 04)					
				SH = 100	
Land	Dithmarschen	42,4		94,0	
	Schleswig-Holstein	45,2		100,0	
Realsteuereinnahmekraft je Einwohner 2004					
				in €	SH = 100
Land	Dithmarschen			491,27	86,2
	Schleswig-Holstein			570,10	100,0

<u>Arbeitslosigkeit</u>						
		Arbeitslose	Veränd. z. Vormonat in %	Veränd. z. Vorjahr in %	Arbeitslosenquoten in % aller ziv. Erwerbs- personen	Arbeitslosen- quoten in % aller ziv. Erwerbs- personen
		Jan 06				Jan 05
Land	Dithmarschen	9.093	6,2	-19,2	14,1	17,4
	Schleswig-Holstein	162.758	6,7	-9,6	11,7	12,9
		Jahr 2005			AL-QUOTE	Jahr 2004
Land	Dithmarschen	8.858		22,9	13,7	11,1
	Schleswig-Holstein	161.524		17,2	11,6	9,8

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 2005

(Ergebnisse für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigte)

						Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	
		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte		
Dithmarschen		58	5.538	-7,9	-5,0		
Schleswig-Holstein		1.321	125.086	-4,3	-2,2		
						Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	
		in Mio. €		Umsatz	Inland	Ausland	
Dithmarschen		Umsatz	4.123,7	2.939,5	1.184,1	21,1	21,3
Schleswig-Holstein		Umsatz	32.058,6	18.855,6	13.203,1	5,9	1,4
		Exportquote 2005	28,7			28,8	
Dithmarschen		Exportquote 2004	41,2			38,6	

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Jahr 2004

(Ergebnisse für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigte)

						Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	
		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte		
Dithmarschen		63	5.830	5,1	-1,4		
Schleswig-Holstein		1.380	127.904	-2,4	-2,9		
						Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	
		in Mio. EUR		Umsatz	Inland	Ausland	
Dithmarschen		Umsatz	3.404,2	2.424,1	980,1	17,0	9,7
Schleswig-Holstein		Umsatz	30.278,0	18.597,5	11.680,5	9,5	3,8
		Exportquote Jahr 2004	28,8			24,1	
Dithmarschen		Exportquote Jahr 2003	38,6			35,2	

Tourismus Jahr 2004 (in Beherbergungsstätten mit >9 Betten)								
	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %				Aufent- haltstage ^{*)}	Gäste %-Anteil an SH	Übernach- tungen %-Anteil an SH	
	Gäste	Übernach- tungen	Gäste	Übernach- tungen				
Dithmarschen	200.696	1.146.179	-2,3	-2,3	5,7	4,5	5,8	
Schleswig-Holstein	4.445.537	19.912.621	-1,5	-3,7	4,5	100,0	100,0	
Tourismus Januar bis NOVEMBER 2005 (in Beherbergungsstätten mit >9 Betten und Urlaubscamping - neu ab Januar 2005)								
Dithmarschen	232.650	1.359.025	11,4	13,9	5,8	4,8	6,3	
Schleswig-Holstein	4.830.098	21.657.105	3,7	0,9	4,5	100,0	100,0	

*) rechnerischer Wert Übernachtungen je Gast

BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Schleswig-Holstein am 30.06.2003

- nach Wirtschaftsabschnitten

	Schleswig- Holstein	%-Anteil an SH	Dithmarschen	%-Anteil an Dithmarschen insg.
Insgesamt	793.404	100,0	33.539	100,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	14.445	1,8	990	3,0
Produzierendes Gewerbe	217.665	27,4	10.666	31,8
davon				
Bergbau	1.016	0,1	139	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	152.480	19,2	7.064	21,1
Energie- und Wasserversorgung	9.705	1,2	545	1,6
Baugewerbe	54.464	6,9	2.918	8,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	223.163	28,1	8.701	25,9
davon				
Handel	146.475	18,5	5.095	15,2
Gastgewerbe	31.030	3,9	1.507	4,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	45.658	5,8	2.099	6,3
Sonstige Dienstleistungen	337.950	42,6	13.182	39,3
davon				
Kredit- und Versicherungsgewerbe	26.549	3,3	1.050	3,1
Grundstückswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	77.842	9,8	2.353	7,0
Öffentliche Verwaltung u. ä.	64.933	8,2	3.038	9,1
Öffentliche und private Dienstleistungen	168.626	21,3	6.741	20,1

Umschlagszahlen Brunsbüttel (Elbehafen; Ölhafen; Hafen Ostermoor)

Jahr	Umschlag in 1000 Tonnen
2000	8.437,0
2001	8.209,3
2002	8.268,8
2003	8.066,5
2004	7.832,2
2005	7.662,0

Wirtschaftsentwicklung des Kreises Steinburg

Einwohner am 30.09.2005		männlich	weiblich	insgesamt	%-Anteil an SH
Land	Steinburg	67 582	69 091	136 673	4,8
	Schleswig-Holstein	1 384 797	1 447 408	2 832 205	100,0
Einwohnerdichte 2005 (Einwohner je qkm)				km²	%-Anteil an SH
Land	Steinburg	129		1.056,14	6,7
	Schleswig-Holstein	180		15.763,14	100,0
Industriedichte 2004 (Industriebeschäftigte je 1.000 Einw./ Jahr 04)				SH = 100	
Land	Steinburg	44,5		98,6	
	Schleswig-Holstein	45,2		100,0	
Realsteuereinnahmekraft je Einwohner 2004				in €	SH = 100
Land	Steinburg			591,27	103,7
	Schleswig-Holstein			570,10	100,0

<u>Arbeitslosigkeit</u>		Arbeitslose	Veränd. z. Vormonat in %	Veränd. z. Vorjahr in %	Arbeitslosenquoten in % aller ziv. Erwerbspersonen	Arbeitslosenquoten in % aller ziv. Erwerbspersonen
		Jan 06				Jan 05
Land	Steinburg	7.612	9,2	-6,6	11,3	12,0
	Schleswig-Holstein	162.758	6,7	-9,6	11,7	12,9
		Jahr 2005			AL-QUOTE	Jahr 2004
Land	Steinburg	7.829		5,3	11,6	11,0
	Schleswig-Holstein	161.524		17,2	11,6	9,8

<u>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 2005</u>				Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %			
		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte		
Steinburg		66	5.972	-3,4	-1,9		
Schleswig-Holstein		1.321	125.086	-4,3	-2,2		
		in Mio. €		Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %			
		Umsatz	Inland	Ausland	Umsatz	Inland	Ausland
Steinburg		1.418,1	1.025,5	392,6	4,6	1,2	14,8
Schleswig-Holstein		32.058,6	18.855,6	13.203,1	5,9	1,4	13,0
		Exportquote 2005		Exportquote 2004			
Steinburg		27,7		25,2			
Schleswig-Holstein		41,2		38,6			

<u>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Jahr 2004</u>				Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %			
		Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte		
Steinburg		68	6.088	0,7	-4,1		
Schleswig-Holstein		1.380	127.904	-2,4	-2,9		
		in Mio. EUR		Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %			
		Umsatz	Inland	Ausland	Umsatz	Inland	Ausland
Steinburg		1.355,4	1.013,2	342,2	-0,8	2,2	-8,9
Schleswig-Holstein		30.278,0	18.597,5	11.680,5	9,5	3,8	20,0
		Exportquote Jahr 2004		Exportquote Jahr 2003			
Steinburg		25,2		27,5			
Schleswig-Holstein		38,6		35,2			

Tourismus Jahr 2004 (in Beherbergungsstätten mit >9 Betten)								
			Veränderung zum		Aufent- haltstage ^{*)} Jahr 2003	Gäste %-Anteil an SH	Übernach- tungen %-Anteil an SH	
	Gäste	Übernach- tungen	Gäste	Übernach- tungen				
Steinburg	38.245	87.953	-1,7	6,4	2,3	0,9	0,4	
Schleswig-Holstein	4.445.537	19.912.621	-1,5	-3,7	4,5	100,0	100,0	
Tourismus Januar bis NOVEMBER 2005 (in Beherbergungsstätten mit >9 Betten und Urlaubscamping - neu ab Januar 2005)								
Steinburg	41.047	96.097	8,1	9,9	2,3	0,8	0,4	
Schleswig-Holstein	4.830.098	21.657.105	3,7	0,9	4,5	100,0	100,0	
*) rechnerischer Wert Übernachtungen je Gast								

BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Schleswig-Holstein am 30.06.2003 - nach Wirtschaftsabschnitten

	Schleswig- Holstein	%-Anteil an SH	Steinburg	%-Anteil an Steinburg insg.
Insgesamt	793.404	100,0	33.038	100,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	14.445	1,8	714	2,2
Produzierendes Gewerbe	217.665	27,4	11.241	34,0
davon				0,0
Bergbau	1.016	0,1	87	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	152.480	19,2	7.867	23,8
Energie- und Wasserversorgung	9.705	1,2	818	2,5
Baugewerbe	54.464	6,9	2.469	7,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	223.163	28,1	7.036	21,3
davon				0,0
Handel	146.475	18,5	4.926	14,9
Gastgewerbe	31.030	3,9	668	2,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	45.658	5,8	1.442	4,4
Sonstige Dienstleistungen	337.950	42,6	14.038	42,5
davon				0,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	26.549	3,3	1.453	4,4
Grundstückswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	77.842	9,8	2.989	9,0
Öffentliche Verwaltung u. ä.	64.933	8,2	2.756	8,3
Öffentliche und private Dienstleistungen	168.626	21,3	6.840	20,7